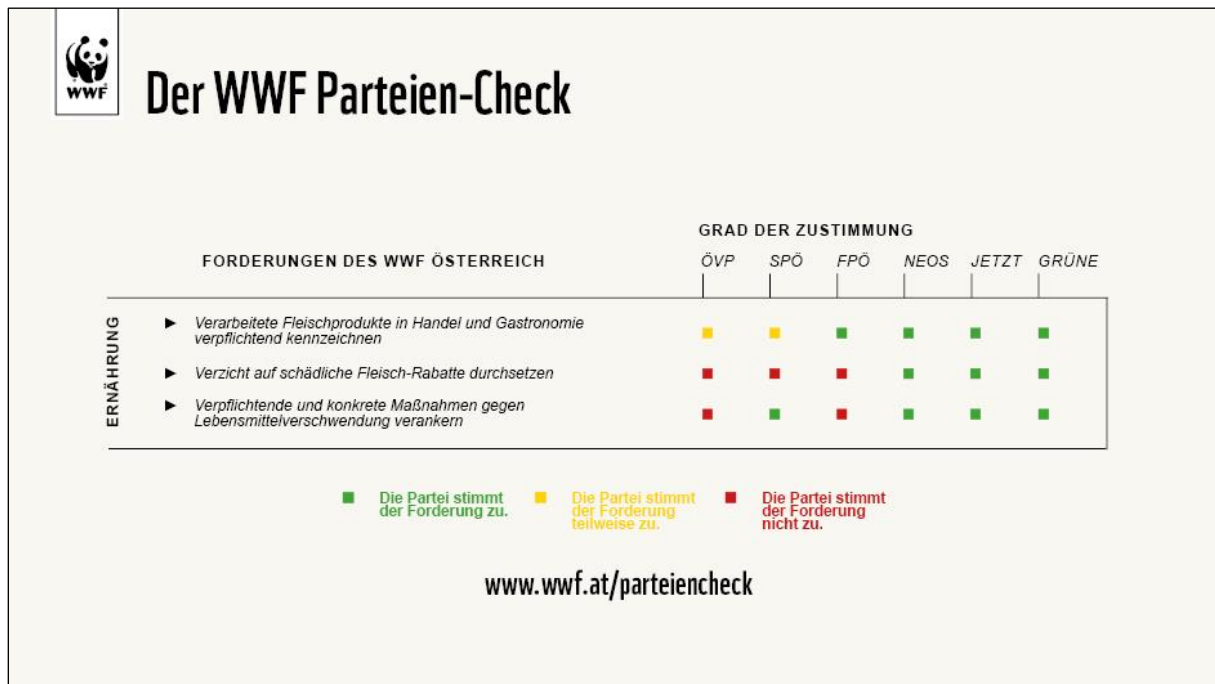




21. August 2019

WWF Österreich: Fragebogen zur Nationalratswahl 2019

Positionen und Bewertungen der relevanten wahlwerbenden Parteien zum Thema nachhaltige Ernährung



1. Sind Sie für eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung von verarbeiteten Fleischprodukten in Handel, Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung?

ÖVP: Als Volkspartei setzen wir uns für eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln ein. Wir sind überzeugt, dass dem Konsumenten Informationen über die Herkunft speziell tierischer Produkte nicht vorenthalten werden dürfen, um eine bewusste Kaufentscheidung zu ermöglichen und somit regionale Produkte zu stärken.

SPÖ: Eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung sehen wir auch als Chance, dass sich Tierleid verringert, da Produktionsbedingungen durch die Kaufentscheidung der KonsumentInnen beeinflusst werden können. Den österreichischen KonsumentInnen wird es stetig wichtiger, zu wissen, woher die Lebensmittel, die sie erwerben, stammen. Uns ist aber auch wichtig darauf hinzuweisen, dass Herkunft alleine noch nicht Qualität bedeutet, weshalb es eine Regelung braucht, welcher besondere Qualitätsstandard mit einem Gütesiegel ausgelobt wird.

FPÖ: Ja, denn der Konsument kann nur dann frei entscheiden, wenn ihm auch die notwendigen Informationen vorliegen.



WWF Österreich
Ottakringer Straße 114-116
1160 Wien
Österreich

Tel.: +43 1 488 17-0
Fax: +43 1 488 17-44
naturenschutz@wwf.at
www.wwf.at

www.facebook.com/WWFOesterreich

NEOS: Ja, wir stehen für Transparenz bei Lebensmitteln, welche Kunden nachhaltige Entscheidungen ermöglichen.

JETZT: Ja.

GRÜNE: Ja. Eine Verpflichtende Herkunftsbezeichnung sowohl im Handel als auch in Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung ist längst überfällig. Konsumentinnen und Konsumenten sollen die Möglichkeit haben, informierte Entscheidungen über die Fleischprodukte zu treffen, die sie konsumieren wollen.

WWF-Bewertung: Alle Parteien sprechen sich grundsätzlich für eine verpflichtende Herkunftsbezeichnung von verarbeiteten Fleischprodukten aus, um mehr Transparenz zu schaffen. Unterschiede zeigen sich bei der wichtige Frage nach dem Geltungsbereich: FPÖ, NEOS, GRÜNE und JETZT antworten auf die entsprechende WWF-Frage nach einer Herkunftsbezeichnung von verarbeiteten Fleischprodukten in „*Handel, Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung*“ mit einem klaren Ja. ÖVP und SPÖ bekennen sich zwar ebenfalls zu dieser Kennzeichnung, aber aus ihrer Antwort ist nicht ablesbar, in welchen Sektoren diese genau gelten soll.

2. Ein Verzicht auf marktschreierische Fleisch-Rabatte würde unserer Ansicht nach den Druck auf die Landwirtschaft verringern, eine umwelt- und tierfreundlichere Produktion ermöglichen und angemessene Erzeugerpreise fördern. Fleisch sollte nicht mehr zu Fantasiepreisen verschleudert werden, damit auch heimische Bauern dafür einen fairen Preis bekommen. Werden Sie sich daher in der nächsten Legislaturperiode dafür einsetzen, dass ein Verzicht auf schädliche Fleisch-Rabatte im Fairnesskatalog des Lebensmitteleinzelhandels verankert wird oder, falls dies nicht möglich ist, eine entsprechende gesetzliche Lösung kommt?

ÖVP: Für uns ist klar: unsere Bäuerinnen und Bauern in Österreich produzieren Produkte von höchster Qualität. Klar ist deshalb auch, dass sie mit unseren hohen Produktions-, Tierschutz- und Umweltstandards nur schwer mit der unter deutlich niedrigeren Standards produzierenden ausländischen Konkurrenz mithalten können und heimisches Fleisch dadurch oft eindeutig teurer ist. Wir setzen hier einerseits auf wettbewerbsfähige und vergleichbare europäische Rahmenbedingungen und andererseits auf mehr Bewusstseinsbildung beim Konsumenten durch eine eindeutige Herkunftsbezeichnung. Damit sorgen wir für faire Voraussetzungen für unsere Bäuerinnen und Bauern.

SPÖ: Faire Preise für LandwirtInnen haben auch eine direkte Auswirkung auf das Tierwohl. Dumpingpreise beeinflussen die Gewinnmarge, weshalb eine Negativspirale in Gang gesetzt wird. Wir unterstützen Lösungen, die faire Preise für LandwirtInnen bringen und durch die Fleisch leistbar bleibt.



WWF Österreich
Ottakringer Straße 114-116
1160 Wien
Österreich

Tel.: +43 1 488 17-0
Fax: +43 1 488 17-44
naturschutz@wwf.at
www.wwf.at

www.facebook.com/WWFOesterreich

FPÖ: Ein Verzicht auf Rabatte ist in der Realität schwer umsetzbar. Uns geht es vor allem um das Eindämmen von Lebendtiertransporten. Tiere werden oft unter unwürdigen Bedingungen nach Österreich transportiert, hier geschlachtet, und das so gewonnene Fleisch wird als heimisches Fleisch angeboten. Auch hier spielt eine ehrliche Kennzeichnung eine wichtige Rolle.

NEOS: Ja, Preisdumping bei Lebensmitteln ist der falsche Weg.

JETZT: Ja. Der derzeitig sehr hohe Fleischkonsum schädigt die Umwelt, das Klima, die Gesundheit und ist schlecht für die Tiere. Im Schnitt nehmen die Österreicherinnen und Österreicher mehr als drei Mal so viel Fleisch zu sich, als empfohlen. Daher muss der Fleischkonsum insgesamt überdacht werden. Ich werde jede Möglichkeit ergreifen, dieses Ziel zu erreichen.

GRÜNE: Ja. Die Grünen sind gegen Billigfleisch. Ein Ende von Rabatten auf Fleischprodukte wäre aus unserer Sicht zu begrüßen. So wie viele andere Maßnahmen zu Natur- und Tierschutz muss dies allerdings mit einer ausgewogenen Sozialpolitik und besonders einer steuerlichen Entlastung von Einkommen und einem österreichweiten Grundeinkommen einhergehen um zu verhindern, dass diese Preissteigerungen auf dem Rücken der Ärmsten ausgetragen werden. Fleisch muss trotz allem auch für Menschen mit niedrigen Einkommen leistbar sein.

WWF-Bewertung: NEOS, GRÜNE und JETZT fordern so wie der WWF Österreich einen grundsätzlichen Verzicht auf schädliche Fleischrabatte. Die FPÖ hält diesen Schritt aus ihrer Sicht für schwer umsetzbar und will stattdessen vor allem bei Lebendtiertransporten und der Kennzeichnung ansetzen. Die ÖVP gibt keine konkrete Antwort auf die Frage und verweist stattdessen auf faire europäische Rahmenbedingungen und die umfassende Herkunftskennzeichnung.

3. Die deutsche Bundesregierung hat im Februar 2019 eine nationale Strategie zur Reduktion der Lebensmittelverschwendung präsentiert, um das SDG-Ziel zur Halbierung der Lebensmittelabfälle zu erreichen. In Österreich landen jährlich 577.000 Tonnen an vermeidbaren Lebensmittelabfällen im Müll, die Politik gibt sich aber mit freiwilligen Vereinbarungen zufrieden. Werden Sie sich für einen konkreten Aktionsplan mit verbindlichen Maßnahmen für jeden Sektor einsetzen?

ÖVP: Wir stehen für ein Österreich, in dem verzehrbare Lebensmittel nicht im Müll landen. Der österreichische Handel hat in den letzten Jahren bereits zahlreiche Partnerschaften und praxistaugliche Lösungen entwickelt. Wir wollen gemeinsam mit dem Handel diese Initiativen ausbauen und somit die Lebensmittelverschwendung drastisch reduzieren. Gleichzeitig braucht es eine Stärkung des Bewusstseins, dass Lebensmittel wertvoll sind und Mindesthaltbarkeitsdaten nicht automatisch auf ein verdorbenes Produkt schließen lassen.

SPÖ: Aus Sicht der SPÖ reichen die bisherigen freiwilligen Maßnahmen nicht aus, um das Problem der Lebensmittelverschwendung in den Griff zu bekommen. Deshalb fordern wir ein



WWF Österreich
Ottakringer Straße 114-116
1160 Wien
Österreich

Tel.: +43 1 488 17-0
Fax: +43 1 488 17-44
naturschutz@wwf.at
www.wwf.at

www.facebook.com/WWFOesterreich

Wegwerfverbot von Lebensmitteln im Handel und eine Reduktion der Lebensmittelabfälle entlang der gesamten Produktionskette.

FPÖ: Auch hier ist es in der Praxis schwer möglich, den Menschen zu verbieten, mehr einzukaufen als sie brauchen. Aber es ist überaus sinnvoll, verstärkt auf diese Problematik aufmerksam zu machen. Diese Bewusstseinsbildung beginnt bereits in der Schule. Eine kaskadische Nutzung von Lebensmitteln ist von uns von zentralem Interesse.

NEOS: Ja, es ist Aufgabe der Politik hier auch Rahmenbedingungen zu schaffen die innovative Nutzung von allen Arten von Abfällen zu fördern. Wir wollen die Kreislaufwirtschaft vorantreiben und die Wiederverwertung von Rohstoffen fördern (kaskadische Nutzung). Die Aufbereitung und Wiedergewinnung von urbanen Rohstoffen ("Urban Mining") verbessert die Ressourcenbilanz. So schaffen wir nicht nur nachhaltige Arbeitsplätze, sondern reduzieren auch die Abfallmengen und die Abhängigkeit von Rohstoffimporten.

JETZT: Ja.

GRÜNE: Ja. Lebensmittel dürfen nicht am Müll landen und müssen so gut wie möglich verwertet werden. Die Grünen setzen hier auf Kooperationen mit dem Lebensmittelfachhandel, wie sie bereits jetzt in vielen Bereichen bestehen. Um das Problem langfristig zu lösen, braucht es aber auch ganz klare gesetzliche Bestimmungen zur Lebensmittelabfallvermeidung.

WWF-Bewertung: GRÜNE, NEOS und JETZT sind im Sinne der Fragestellung eindeutig für einen konkreten Aktionsplan mit verbindlichen Maßnahmen gegen Lebensmittelverschwendung. Auch die SPÖ betont, dass freiwillige Maßnahmen nicht ausreichen und fordert konkret ein Wegwerfverbot von Lebensmitteln im Handel. Hingegen setzen sowohl ÖVP als auch FPÖ in erster Linie auf bessere Kennzeichnung und mehr Bewusstseinsbildung, um das Problem zurückzudrängen.